



Arm in einem reichen Land

Armut und deren Auswirkungen

Armut wurde lange Zeit insbesondere im Zusammenhang mit den so genannten Entwicklungsländern, später auch im Bezug auf die Länder Mittel-Ost-Europas diskutiert. Dass Armut auch in den reichen westlichen Industrieländern ein Thema ist, das zunehmend an Bedeutung gewinnt, drang erst langsam in das öffentliche Bewusstsein. Wohlfahrtsverbände und Einrichtungen wie die Nationale Armutskonferenz oder Armutskonferenzen in den Bundesländern weisen seit geraumer Zeit darauf hin, dass mehr und mehr Bevölkerungsgruppen in Deutschland durch Armut bedroht sind oder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Die Sensibilität der Gesellschaften in Europa hierfür zu stärken ist das zentrale Ziel des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010.

Wovon reden wir, wenn wir über Armut in Deutschland sprechen?

Wenige Menschen in Deutschland sind so arm wie viele in zahlreichen Ländern Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens. Dort müssen große Teile der Bevölkerung mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen, sind also absolut arm. Ein Armutsbegriff, der nur solche Menschen als arm bezeichnet, deren physische Existenz dauerhaft bedroht ist, wird aber der gesellschaftlichen Realität in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht gerecht.

Aus diesem Grund wenden sowohl der bundesdeutsche Reichtums- und Armutsbericht als auch die EU den so genannten relativen Armutsbegriff an. Als arm gelten demnach nach Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) diejenigen, denen monatlich weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes zur Verfügung steht; die OECD setzt als Bezugsgröße 60 Prozent des Durchschnittseinkommens an.¹ Die Armutsrisikoquote beträgt auf der Datenbasis der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2003 für einen Ein-Personen-Haushalt 938 €.

¹ In der EU und in den Armuts-Reichtumsberichten der Bundesregierung wird Armut als auf einen mittleren Lebensstandard bezogene Benachteiligung aufgefasst. Deshalb wird die zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Definition einer „Armutsrisikoquote“ verwendet. Sie bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60 % des Mittelwerts (Median) aller Personen beträgt. In Deutschland beträgt die so errechnete Armutsrisikogrenze 938 Euro (Datenbasis EVS 2003); vgl. 3. Armuts-Reichtumsbericht der Bundesregierung; Berlin 2008; S. IX / X. „Das Nettoäquivalenzeinkommen wird ermittelt als gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen, in dem das Nettohaushaltseinkommen durch die Summe der Personengewichte geteilt wird. Das Nettohaushaltseinkommen setzt sich aus der Summe aller Einkommen des Haushaltes zusammen.“; Quelle: Luderschmid, Michael, Armutsindizes; Seminararbeit Wintersemester 2007/2008, Universität Augsburg; S. 4.

Für das Jahr 2008 gibt das DIW Berlin im Jahr 2010 folgende Zahlen an:

Armutsrisikoschwelle ausgewählter Haushaltstypen im Jahr 2008

	Bedarfssatz nach neuer OECD-Skala	Armutsschwelle: ¹ Nominal in Euro je Monat
1 Personen-Haushalt	1,0	925
Ehe-/Paar ohne Kinder	1,5	1 388
Ehe-/Paar mit 1 Kind	1,8	1 665
Ehe-/Paar mit 2 Kindern	2,1	1 943
Ehe-/Paar mit 3 Kindern	2,4	2 220
Alleinerziehende mit 1 Kind	1,3	1 203
Alleinerziehende mit 2 Kindern	1,6	1 480

¹ Der Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen des Vorjahres betrug 18 500 Euro oder 1 542 Euro pro Monat.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2010

Ein relativer Armutsbegriff ist besser geeignet deutlich zu machen, dass arm diejenigen sind, die auf Grund mangelnder materieller und in der Folge auch kultureller und sozialer Mittel von der allgemein üblichen Lebensweise ausgeschlossen sind. Sie sind in nahezu allen Lebensbereichen unterversorgt und haben wenige bis keine Chancen, ihre Gesellschaft mit zu gestalten.

Wer ist besonders gefährdet?

Durch die lang anhaltende Massenerwerbslosigkeit, verbunden mit einer stetig wachsenden Langzeiterwerbslosigkeit, steigende geringfügige Beschäftigung und Niedriglöhne werden Millionen Menschen ausgegrenzt, ins gesellschaftliche Abseits gestellt und in ihrer Würde elementar gefährdet. Besonders betroffen sind Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Kinder und Jugendliche sowie Aussiedler/innen und Migranten /innen.

Erwerbslosigkeit hat oft ihren Grund darin, dass entweder keine Bildungsabschlüsse erworben wurden oder aber die erworbenen nur für solche Tätigkeiten ausreichen, die schlecht bezahlt werden und / oder in wirtschaftlichen Krisenzeiten häufiger zur Entlassung führen. Die staatlichen Transferleistungen federn diese Folgen ab – aber nicht nur Erwerbslosen- oder Sozialverbände, sondern auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung spricht davon, dass die Armutsrisikoquote mit 43 Prozent bei Erwerbslosen mehr als dreimal so hoch liegt wie bei der Gesamtbevölkerung.

Kinder sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Wurde lange Zeit darüber diskutiert, in welchem Umfang Familienarmut durch Kinder entsteht oder fortbesteht, wird mittlerweile eher darauf geschaut, in welchem Maße Kinder selbst arm oder armutsgefährdet sind. Derzeit leben 1,7 Millionen Kinder in Deutschland von Leistungen nach dem SGB II. Auch wenn nach offizieller Sprachregelung mit diesen Leistungen die Existenz der Bezieher/innen gesichert werden soll, sprechen viele davon, dass der entsprechende Personenkreis in Armut

lebt oder zumindest von Armut bedroht ist.² Alle Statistiken weisen dabei aus, dass insbesondere Kinder in alleinerziehenden Familien, aber auch in kinderreichen Familien oder in Familien mit Migrationsgeschichte von Armut bedroht oder betroffen sind. Hier beginnt häufig ein Teufelskreis: Armut der Eltern und in vielen Fällen deren Bildungsferne führen zu einer schlechten Bildung und Ausbildung der Kinder, die vor diesem Hintergrund als Erwachsene ebenfalls in hohem Maße armutsgefährdet sind.

Armut von Frauen im Lebenslauf

Angesichts dessen, dass wir derzeit die bestausgebildete Frauengeneration aller Zeiten haben und die Erwerbsquote von Frauen in den letzten Jahren ständig gestiegen ist, wäre anzunehmen, dass der Satz „Armut ist weiblich“ nicht mehr zutrifft. Wie auch der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 ausweist, ist dem nicht so. Zum Einen lag im Jahr 2005 die Armutsquote von Frauen mit 21 Prozent deutlich über der der Männer (16 Prozent), zum Anderen ist sie seit 1998 um 8 Prozent gestiegen, bei Männern hingegen nur um 6 Prozent. Die Ursachen hierfür sind bekannt: Die deutliche Mehrheit der Alleinerziehenden sind nach wie vor Frauen, die wg. der unzureichenden Rahmenbedingungen nur eingeschränkt einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Zudem arbeiten Frauen in hohem Maße im Niedriglohnsektor und in Teilzeit. Dies ist u.a. der Tatsache geschuldet, dass aller Veränderung zum Trotz die Verantwortung für Familien- und Hausarbeit nach wie vor überwiegend den Frauen zugeschrieben wird. Zudem erhalten Frauen jährlich durchschnittlich 23 Prozent weniger Gehalt als Männer.

Aus einer Lebensverlaufsperspektive betrachtet geraten Frauen besonders schnell an bestimmten Schnittstellen in die Armutsgefährdung, z. B. in der Phase des Übertritts in die Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf, in Zeiten der Familiengründung, nach dem Eintritt in ein prekäres Beschäftigungsverhältnis entweder wg. der familiären Verpflichtungen oder mangels Alternativen und, in Folge all dessen, oft beim Eintritt in den Rentenbezug.

Individuelle und gesellschaftliche Folgen

Mit dem zunehmenden Sozialabbau in Deutschland sind die Sicherung eines sozialen und kulturellen Existenzminimums und der soziale Frieden gefährdet.

Einkommensarmut führt zunächst dazu, dass die hiervon betroffenen Menschen kaum in der Lage sind, die Bedürfnisse des Alltags angemessen zu regeln. Unzureichender **Wohnraum**, Schwierigkeiten, die eigene und insbesondere die **ausreichende und gesunde Ernährung** von Kindern und Jugendlichen sicher zu stellen, eine angemessene **Versorgung mit Kleidung** – all dies ist für Menschen mit geringen Einkommen eine hohe Belastung.

² Siehe z. B. Blaschke, Roland, Hartz IV ist Armut per Gesetz; Text für die Sächsische Armutskonferenz 2005; gefunden im Internet am 22.8.2010; siehe auch: Buntenbach, Annelie, Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, DGB-Vorschläge gegen Kinderarmut; Redebeitrag zur Tagung „Wege aus der Kinderarmut“ in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung Berlin, 8. Juni 2010.

Mindestens ebenso schwer wiegt, dass die geringen finanziellen Mittel den Betroffenen keine oder nur eine sehr **eingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben** ermöglichen. Dies aber gehört für die Individuen zu ihren Rechten als Bürger/innen.

Erwerbslosigkeit, insbesondere wenn sie lange andauert, zieht den **Verlust von Kommunikation** mit anderen nach sich und dies nicht nur im Feld Erwerbsarbeit. Einkommensarmut nämlich schließt auch von der Teilnahme an Angeboten im Bereich Kultur, Sport etc. aus. Zu den Folgen der Erwerbslosigkeit gehört auch der **Verlust von Anerkennung** im sozialen Umfeld, noch, nicht selten begleitet mit einem **Verlust an Selbstvertrauen** und einer steigenden Mutlosigkeit. Auch die Tatsache, dass die durch Erwerbsarbeit gekennzeichnete Strukturierung des Tagesablaufs verloren geht, wirkt sich auf das Selbstwertgefühl Erwerbsloser aus. Nicht zuletzt führt insbesondere Langzeiterwerbslosigkeit zu einem **Verlust an Qualifikation**, was wiederum den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erschwert.

Ernährungswissenschaftler weisen verstärkt darauf hin, dass die finanziellen Möglichkeiten von Familien im Sozialhilfebezug **keine ausreichende und ausgewogene Ernährung** gestatten. Kennzeichen der Mangel- und Fehlernährung ist eine fettreiche und vitaminarme Kost sowie ein geringerer Kohlehydrat- und Obstanteil als im Bevölkerungsdurchschnitt.

Insbesondere für Kinder weisen Untersuchungen Zusammenhänge zwischen dem Sozialstatus von Kindern und deren Risiken nach. Bei Vorschuluntersuchungen von Kindern aus prekären Verhältnissen werden immer wieder psychovegetative Krankheitssymptome, Übergewicht, Zahngesundheitsstörungen, Sprachstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, Probleme bei der Grob- und Feinmotorik sowie bei der Merkfähigkeit und beim Abstraktionsvermögen festgestellt.

Kinder aus prekären Lebensverhältnissen haben zudem wesentlich **geringere Bildungschancen** als andere Kinder. Gründe hierfür liegen in den nicht ausreichend zur Verfügung stehenden Mitteln ihrer Eltern, die oftmals nicht in der Lage sind, den Besuch einer Kindertagesstätte oder eines Hortes zu bezahlen. Die für das **soziale Lernen und die Stärkung des Selbstbewusstseins** so wichtige Teilnahme an außerschulischen **Freizeit- und Bildungsangeboten** scheitert oft ebenso an der Einkommensarmut wie die Teilnahme an **schulischen Sonderveranstaltungen**, die mit Kosten verbunden sind. Angesichts dessen, dass in Deutschland für den Erwerb von Bildungs- und Berufsabschlüssen die **Qualifikation der Eltern von großer Bedeutung** ist, wäre aber gerade für Kinder aus so genannten bildungsfernen Familien die Teilnahme an solchen Veranstaltungen wichtig. Zwar treten hier in nicht wenigen Fällen Fördervereine etc. ein – inwieweit sich aber die Erfahrung, für die Angebote, für die bei anderen Kindern die Eltern aufkommen, Spenden in Anspruch nehmen zu müssen, das kindliche Selbstbewusstsein stärkt, steht noch sehr dahin.

Dies alles hat Folgen für die Einzelnen, ihren weiteren Lebensverlauf und die in solchen Verhältnissen aufwachsende junge Generation; nicht wenige sprechen hier von einer Gefährdung der Menschenrechte auch in Deutschland. Darüber hinaus aber wird es auch einer Gesellschaft auf Dauer nicht gut tun, dass zahlreiche ihrer Mitglieder sich – ungewollt und unverschuldet – nicht an ihrer Gestaltung und Weiterentwicklung beteiligen können. Eine

demokratische Gesellschaft wird es sich auf Dauer nicht leisten können, dass eine steigende Zahl ihrer Bürger/innen mehr und mehr perspektivlos werden.

Sieglinde Scheel / Henny Engels (Deutscher Frauenrat)
Berlin Juli 2010